

Nationalrat führt Bausparen ein

## Das Bausparen ist verfehlt, ungerecht und unnötig

Zürich, 30. Mai 2011

**Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz lehnt das heute vom Nationalrat beschlossene Gesetz für die Einführung des steuerprivilegierten Bausparens als ungerecht und für die Förderung des Wohneigentums als verfehlt ab.**

Das neue Gesetz für das steuerprivilegierte Bausparen ist die Antwort des Parlaments auf die beiden Volksinitiativen des Hauseigentümerversands Schweiz und der Schweizerischen Gesellschaft zu Förderung des Bausparens. Es erlaubt, während zehn Jahren pro Person 10'000 Franken für ein Eigenheim steuerbefreit ansparen zu können.

Das Bausparen ist für eine grössere Verbreitung des Wohneigentums verfehlt. Es kommt jenen am meisten zu Gute, die viel verdienen und nützt all jenen nichts, die auf Grund knapper Finanzen gefördert werden müssten. Sie können solche hohen Summen gar nicht auf die Seite legen. Die Steuerausfälle müssen am Schluss Alle berappen und werden auch die Kantone und Gemeinden treffen – nicht umsonst lehnen die Finanzdirektoren das Bausparen klar ab. Ihr Ruf wurde aber vom Nationalrat nicht gehört. Überdies sind bei den heute vorliegenden Berechnungen der Steuerausfälle von 130 Millionen bei Bund und Kantonen Zweifel angebracht. Bei der Unternehmenssteuerreform zeigte sich, dass diese zum Zeitpunkt der Volksabstimmung viel zu niedrig prognostiziert und damit das Stimmvolk über den Tisch gezogen wurde.

Positionen des Verbands unter: [www.mieterverband.ch](http://www.mieterverband.ch) Aktuell, Medien / Fakten und Positionen

Mit der Einführung einer weiteren Steuerbevorzugung für eine einzelne Bevölkerungsgruppe der Wohneigentümer wird die steuerliche Ungleichbehandlung mit den Mieterinnen und Mietern weiter verschärft. Sie können für die Mietausgaben - der weitaus grösste Ausgabeposten der Haushalte - steuerlich gar nichts abziehen.

Verschiedene unabhängige Gutachten kommen zum Schluss, dass das Wohneigentum mit dem steuerlich begünstigten Bezug von Vorsorgegeldern sehr erfolgreich gefördert wird. Pro Jahr werden rund 35'000 Vorbezüge für den Erwerb von Wohneigentum verzeichnet. Ein vom Bund im April veröffentlichter Bericht zur Wohneigentumspolitik in der Schweiz geht noch weiter und stellt die Wohneigentumsförderung aus gesellschaftspolitischer wie auch aus ökonomischer Sicht grundsätzlich in Frage.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband wird nach einer Beurteilung der politischen Ausgangslage entscheiden, ob er das Referendum gegen dieses ungerechte, verfehlt und unnötige Bauspargesetz ergreifen wird.

**Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz**

**Für Auskünfte:**

Anita Thanei, Präsidentin, 079 634 47 18

Regula Mühlebach, Geschäftsleiterin 079 209 78 24